

INGENIEURVERTRAG

Freianlagenplanung

für das Bauvorhaben:

Wiederaufbau des Berufskollegs Eifel

in Kall

zwischen

dem Kreis Euskirchen,

vertreten durch den Landrat, Herrn Markus Ramers
Jülicher Ring 32
53879 Euskirchen

- nachfolgend „AG“ genannt -

u n d

.....

vertreten durch

.....

- nachfolgend „AN“ genannt -

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgegenstand
§ 2	Grundlagen des Vertrages
§ 3	Leistungsumfang
§ 4	Durchführung des Vertrages
§ 5	Unterlagen
§ 6	Termine und Fristen
§ 7	Abnahme
§ 8	Vergütung und Zahlungen
§ 9	Mängelhaftung, Verjährung und Pönale
§ 10	Versicherung
§ 11	Kündigung
§ 12	Geheimhaltung und Datenschutz
§ 13	Übertragung von Rechten und Pflichten
§ 14	Aufbewahrungspflichten
§ 15	Urheber- und Nutzungsrechte
§ 16	Schlussbestimmungen

Präambel

Der Kreis Euskirchen („AG“) – Körperschaft öffentlichen Rechts des Landes Nordrhein-Westfalen – beabsichtigt den Wiederaufbau des Berufskollegs Eifel („BKE“) einschließlich zugehöriger Freianlagen am bisherigen Standort, Loshardt 2 in 53925 Kall. Dieser Wiederaufbau wird den gesamten Gebäudekomplex des BKE umfassen (nachfolgend: „Bauvorhaben“).

Im Rahmen des Wiederaufbaus wird ein Gesamtkonzept für das gesamte Berufskolleg entworfen. Die Umsetzung gliedert sich in Wiederaufbau und in Sanierung der Obergeschosse. Beide Maßnahmen sind im laufenden Schulbetrieb geplant. Die Umsetzung erfordert ein entsprechendes Sanierungskonzept, in dem zudem die Priorisierung von Bauabschnitten berücksichtigt ist. Die Finanzierung erfolgt aus zwei verschiedenen Haushaltsbudgets und erfordert eine getrennte Kostenkontrolle.

Die Erkennung als Nationalparkschule soll sowohl bei der inneren und als auch bei der äußeren Gestaltung als wesentliches Kriterium in die Planung einfließen, verbunden mit der energetischen Sanierung der Fassaden im Bereich Altbau und beschädigter umlaufender Fassadenbereiche im Erdgeschoss.

Der AG ermöglichte den Bietern im Verfahren, sich im Rahmen einer Ortsbesichtigung die durch die Flutkatastrophe beschädigten Gebäudekomplexe sowie die Außenanlagen anzusehen.

Der AN hat in dem europaweiten Vergabeverfahren das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Dieser Vertrag umfasst die Erbringung von Ingenieurleistungen der Freianlagen gem. §§ 38 ff. HOAI i.V.m. Anlage 11 für das Bauvorhaben „Wiederaufbau des Berufskollegs Eifel“ am bisherigen Standort, Loshardt 2 in 53925 Kall.

Vor diesem Hintergrund – die Präambel ist verbindlicher Vertragsbestandteil – schließen die Parteien nachfolgenden Vertrag:

§ 1

Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages sind die Erbringung von Ingenieurleistungen der Freianlagen gem. §§ 38 ff. HOAI i.V.m. Anlage 11 für das Bauvorhaben:

Wiederaufbau des Berufskollegs Eifel
in Kall,

bestehend aus einer Grundstücksfläche von ca. 16.385 m², zuzüglich einer Parkplatzfläche von ca. 5.076 m² und einer im Hang befindlichen Grünfläche von ca. 5.326 m². Der Kallbach teilt die Gesamtfläche in zwei Flächen. Die Netto-Raumfläche (NRF) des Gebäudekomplexes über die Bauteile B bis E beträgt rund 18.500 m² am bisherigen Standort, Loshardt 2 in 53925 Kall.

Nach aktuell vorliegenden Vorentwurfsplanung erfolgt ein umfangreicher Rückbau sowie damit einhergehend ein Erweiterungsneubau sowie ein gesonderter Neubau des Lehrküchenhauses im Bereich des Parkplatzes Aachener Straße.

- (2) Der AN erbringt die Leistungen der Freianlagen gem. § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11 für das in § 1 Abs. 1 genannte Bauvorhaben, soweit in diesem Vertrag nichts anderes geregelt ist. Vertragsziel ist die Freianlagen zur vorgenannten Baumaßnahme in Zusammenarbeit mit dem AG, dem Architekten und ggf. weiteren fachlich oder baulich Beteiligten. Der AN schuldet einen – auch wirtschaftlich umsetzbaren – Planungserfolg in Übereinstimmung mit den Fördermittelvorgaben der Bezirksregierung Köln.

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- (1) Grundlagen des Vertrages sind in nachstehender Reihen- und Rangfolge:

- die Bestimmungen dieses Vertrages,
- Lageplan, Anlage 1,
- Projektbeschreibung, Anlage 2,
- Vergabeunterlagen, Anlage 3,
- Honorarermittlung, Anlage 4,
- Runderlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen – 532-FRL Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen vom 06.05.2022 sowie Aktualisierungen und Ergänzungen
- die einschlägigen gesetzlichen Bedingungen und behördlichen Vorschriften, Anordnungen und Auflagen, insbesondere die einschlägigen planungsrechtlichen, bauordnungsrechtlichen, denkmalschutzrechtlichen, brandschutzrechtlichen, gewerberechtlichen, berufsgenossenschaftlichen, (feuer-)polizeilichen, baugewerbe- und ordnungsbehördlichen Bestimmungen und Auflagen, bundes- und landesrechtliche Umwelt- und Immissionsschutzregelungen sowie alle sonstigen öffentlich-rechtlichen Gesetze, Verordnungen und Ortssatzungen, die das Bauvorhaben betreffen, jeweils in der bei Abnahme geltenden Fassung,
- die einschlägigen (auch empfohlenen) technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen einschließlich DIN-, VDI-, VDE-Normen, AMEV-Empfehlungen und

- ¹ Herstellerrichtlinien sowie die anerkannten Regeln der Technik in der jeweils bei Abnahme geltenden Fassung,
- die Bestimmungen der HOAI in der Fassung 2021, soweit dieser Vertrag und seine Anlagen nichts Anderes bestimmen,
 - die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) mit Ausnahme der Regelung des § 650e BGB (Sicherungshypothek) sowie den Architekten- und Ingenieurvertrag gemäß § 650p BGB. Dabei sind sich die Parteien darüber einig, dass die Planungsgrundlagen für die Baumaßnahme hinreichend bestimmt sind und die Vorschriften über die Zielfindungsphase entsprechend der § 650p Abs. 2 und § 650r BGB keine Anwendung finden,
 - Schulbaurichtlinie, SchulBauR in der aktuellsten Fassung,
 - das Angebot des AN vom [...]

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Das Datum wird nach Zuschlag ergänzt.

- (2) Bei Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsgrundlagen und für eventuelle Vertragsauslegungen gilt die vorgenannte Rangfolge, soweit dem nicht zwingende öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. Bei Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsgrundlagen oder innerhalb einer Vertragsgrundlage ist im Zweifel die spezieller beschriebene, bei Fehlen einer speziellen Beschreibung die höherwertige Ausführung maßgebend.

Ein Widerspruch innerhalb der Vertragsunterlagen ist nur dann gegeben, wenn Anforderungen an die Leistungen des AN in den Vertragsunterlagen unterschiedlich definiert sind. Sollte in einem vorrangigen Vertragsbestandteil ein Detail eines nachrangigen Vertragsbestandteils nicht umschrieben oder definiert sein, stellt die fehlende Regelung keinen Widerspruch zur Regelung an nachrangiger Stelle dar. Es handelt sich dann lediglich um eine ergänzende Beschreibung des vertraglichen Leistungsumfanges des AN.

- (3) Die vorgenannten Grundlagen des Vertrages sind dem AN bekannt. Er hat diese Unterlagen und Pläne eigenverantwortlich auf von einem gewissenhaft prüfenden Planer erkennbare Fehler geprüft. Auf etwaige Widersprüche zwischen und innerhalb von Vertragsgrundlagen hat der AN den AG hinzuweisen. Der AG wird in diesem Fall nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) bestimmen, welche der Leistungen ausgeführt wird.
- (4) Der AN hat selbstständig zu ermitteln, welche technischen Regelwerke und Bestimmungen für seine Leistung einschlägig sind, und diese bei seiner Leistungserbringung zugrunde zu legen.

Soweit sich in dem Zeitraum zwischen Baugenehmigung und Abnahme öffentlich-rechtliche, abnahmerelevante Anforderungen in der Art und Weise geändert haben, dass die Abnahme auf Grundlage der bisherigen Planung nicht mehr erteilt werden könnte, so hat der AN darauf unverzüglich und schriftlich hinzuweisen. Die Parteien

werden sich daraufhin über das weitere Vorgehen, einschließlich der Veränderung von Leistungsbild und Vergütung, abstimmen.

- (5) Allgemeine Geschäftsbedingungen oder Vertragsbedingungen des AN werden nicht Vertragsbestandteil und haben auch dann keine Gültigkeit, wenn im Angebot des AN oder sonstigen Schriftstücken, nicht jedoch in diesem Vertrag, auf sie Bezug genommen wird.
- (6) Soweit Zusatzaufträge erteilt oder sonstige über den in diesem Vertrag bestimmten Leistungsumfang hinausgehende Ansprüche begründet werden, gelten die Bedingungen dieses Vertrages entsprechend.

§ 3

Leistungsumfang

- (1) Der AG überträgt dem AN folgende Ingenieurleistungen der Freianlagen gem. §§ 38 ff. HOAI i.V.m. Anlage 11:
 - Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung)
 - Leistungsphase 2 (Vorplanung)
 - Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung)
 - Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung)
 - Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung)
 - Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe)
 - Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe)
 - Leistungsphase 8 (Objekt- und Bauüberwachung)
 - Leistungsphase 9 (Dokumentation und Objektbetreuung)

Der Leistungsumfang des AN ergibt sich aus den Bestimmungen dieses Vertrages und seiner Anlagen. Mindestens sind jedoch die in Anlage 11 zu § 39 HOAI (Leistungsbild Freianlagen) zu den jeweiligen Leistungsphasen – soweit diese gem. § 3 Abs. 2 des Vertrages abgerufen sind – genannten Grundleistungen sowie die in diesem Vertrag vereinbarten Besonderen Leistungen zu erbringen, wobei die Parteien klarstellen, dass mit v.g. Bezugnahme keine Einschränkung des mit diesem Vertrag beauftragten Leistungsumfanges verbunden sein soll.

- (2) Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Ein verbindlicher Auftrag an den AN liegt erst dann und insoweit vor, als die jeweilige Beauftragungsstufe bzw. die den einzelnen Beauftragungsstufen mit diesem Vertrag jeweils zugeordneten Leistungen vom AG schriftlich abgerufen werden. Die Beauftragung der Beauftragungsstufen 2, 3, 4 und 5 steht insbesondere unter dem Vorbehalt der Entscheidung durch die zuständigen politischen Gremien.

Im Zuge der stufenweisen Beauftragung behält sich der AG nach Abschluss der Beauftragungsstufe 1 ausdrücklich vor, anstelle des Abrufs der Ingenieurleistungen für das Gesamtvorhaben nur eine Teilleistung für die Wiederaufbau in den Beauftragungsstufen 2 bis 5 schriftlich abzurufen.

Folgende Beauftragungsstufen werden gebildet:

1. Beauftragungsstufe 1 (Entwurf):

Im Rahmen der Beauftragungsstufe 1 erbringt der AN insbesondere folgende Leistungen gem. § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11:

1.1 Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung:

Folgende Grundleistungen:

- 1.1.a Klären der Aufgabenstellung aufgrund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des AG oder vorliegender Planungs- und Genehmigungsunterlagen
- 1.1.b Ortsbesichtigung

1.2 Leistungsphase 2 – Vorplanung:

Folgende Grundleistungen:

- 1.2.a Analysieren der Grundlagen, Abstimmen der Leistungen mit den fachlich an der Planung Beteiligten
- 1.2.b Abstimmen der Zielvorstellungen
- 1.2.c Erfassen, Bewerten und Erläutern der Wechselwirkungen im Ökosystem
- 1.2.d Erarbeiten eines Planungskonzepts einschließlich Untersuchen und Bewerten von Varianten nach gleichen Anforderungen unter Berücksichtigung zum Beispiel
 - der Topographie und der weiteren standörtlichen und ökologischen Rahmenbedingungen,
 - der Umweltbelange einschließlich der natur- und artenschutzrechtlichen Anforderungen und der vegetationstechnischen Bedingungen,
 - der gestalterischen und funktionalen Anforderungen,
 - Klären der wesentlichen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen,
 - Abstimmen oder Koordinieren unter Integration der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- 1.2.e Darstellen des Vorentwurfs mit Erläuterungen und Angaben zum terminlichen Ablauf
- 1.2.f Kostenschätzung, zum Beispiel nach DIN 276, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen
- 1.2.g Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Vorplanungsergebnisse

Der AG behält sich ferner vor, folgende weitere Besonderen Leistungen zu beauftragen (Optionale Leistungen):

- 1.2.1 Mitwirken bei der Gestaltung der Brücken, die durch den Fachbereich Ingenieurbauwerke geplant werden (Aufwandsabschätzung erfolgt für eine Fußgängerbrücke)

1.3 Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung):

Folgende Grundleistungen:

- 1.3.a Erarbeiten der Entwurfsplanung auf Grundlage der Vorplanung unter Vertiefung zum Beispiel der gestalterischen, funktionalen, wirtschaftlichen, standörtlichen, ökologischen, natur- und artenschutzrechtlichen Anforderungen
- 1.3.b Abstimmen oder Koordinieren unter Integration der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- 1.3.c Abstimmen der Planung mit zu beteiligenden Stellen und Behörden
- 1.3.d Darstellen des Entwurfs zum Beispiel im Maßstab 1:500 bis 1:100, mit erforderlichen Angaben insbesondere
 - zur Bepflanzung,
 - zu Materialien und Ausstattungen,
 - zu Maßnahmen auf Grund rechtlicher Vorgaben,
 - zum terminlichen Ablauf
- 1.3.e Objektbeschreibung mit Erläuterung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach Maßgabe der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung
- 1.3.f Kostenberechnung, zum Beispiel nach DIN 276 einschließlich zugehöriger Mengenermittlung
- 1.3.g Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung
- 1.3.h Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Entwurfsplanungsergebnisse

Besondere Leistungen:

- 1.3.1 Erarbeiten besonderer Darstellungen, zum Beispiel Modelle, Perspektiven, Animationen
- 1.3.2 Teilnahme an Sitzungen in politischen Gremien oder im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung

Der AG behält sich ferner vor, folgende weitere Besonderen Leistungen zu beauftragen (Optionale Leistungen):

- 1.2.1 Mitwirken bei der Gestaltung der Brücken, die durch den Fachbereich Ingenieurbauwerke geplant werden (Aufwandsabschätzung erfolgt für eine Fußgängerbrücke)

2. Beauftragungsstufe 2 (Genehmigungsplanung):

Im Rahmen der Beauftragungsstufe 2 erbringt der AN insbesondere folgende Leistungen gem. § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11:

2.4 Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung)

Folgende Grundleistungen:

- 2.4.a Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öffentlich-rechtliche Genehmigungen oder Zustimmungen einschließlich der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen sowie notwendiger Verhandlungen mit Behörden unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- 2.4.b Einreichen der Vorlagen
- 2.4.c Ergänzen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen

Besondere Leistungen:

- 2.4.1 Erstellen eines Überflutungsnachweises für Grundstücke inkl. möglicherweise erforderlicher Versickerungsplanung
- 2.4.2 Erstellen von Rodungs- und Baumfällanträgen

3. Beauftragungsstufe 3 (Ausführungsplanung):

Im Rahmen der Beauftragungsstufe 3 erbringt der AN insbesondere folgende Leistungen. gem. § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11:

3.5 Leistungsphase 5 (Ausführungsplanung)

Folgende Grundleistungen:

- 3.5.a Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur ausführungsreifen Lösung als Grundlage für die weiteren Leistungsphasen
- 3.5.b Erstellen von Plänen oder Beschreibungen, je nach Art des Bauvorhabens zum Beispiel im Maßstab 1:200 bis 1:50
- 3.5.c Abstimmen oder Koordinieren unter Integration der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- 3.5.d Darstellen der Freianlagen mit den für die Ausführung notwendigen Angaben, Detail- oder Konstruktionszeichnungen, insbesondere
 - zu Oberflächenmaterial, -befestigungen und -relief,
 - zu ober- und unterirdischen Einbauten und Ausstattungen,
 - zur Vegetation mit Angaben zu Arten, Sorten und Qualitäten,
 - zu landschaftspflegerischen, naturschutzfachlichen oder artenschutzrechtlichen Maßnahmen
- 3.5.e Fortschreiben der Angaben zum terminlichen Ablauf
- 3.5.f Fortschreiben der Ausführungsplanung während der Objektausführung

4. Beauftragungsstufe 4 (Vorbereitung der Vergabe):

Im Rahmen der Beauftragungsstufe 4 erbringt der AN insbesondere folgende Leistungen gem. § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11:

4.6 Leistungsphase 6 (Vorbereitung der Vergabe)

Folgende Grundleistungen:

- 4.6.a Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen
- 4.6.b Ermitteln und Zusammenstellen von Mengen auf Grundlage der Ausführungsplanung
- 4.6.c Abstimmen oder Koordinieren der Leistungsbeschreibungen mit den an der Planung fachlich Beteiligten
- 4.6.d Aufstellen eines Terminplans unter Berücksichtigung jahreszeitlicher, bauablaufbedingter und witterungsbedingter Erfordernisse
- 4.6.e Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse
- 4.6.f Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung
- 4.6.g Zusammenstellen der Vergabeunterlagen

4.7 Leistungsphase 7 (Mitwirkung der Vergabe)

Folgende Grundleistungen:

- 4.7.a Einholen von Angeboten
- 4.7.b Prüfen und Werten der Angebote einschließlich Aufstellen eines Preisspiegels nach Einzelpositionen oder Teilleistungen, Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise
- 4.7.c Führen von Bietergesprächen
- 4.7.d Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens
- 4.7.e Zusammenstellen der Vertragsunterlagen
- 4.7.f Kostenkontrolle durch Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung
- 4.7.g Mitwirken bei der Auftragserteilung

5. Beauftragungsstufe 5 (Objekt- und Bauüberwachung):

Im Rahmen der Beauftragungsstufe 5 erbringt der AN insbesondere folgende Leistungen gem. § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11:

5.8 Leistungsphase 8 (Objektüberwachung)

Folgende Grundleistungen:

- 5.8.a Überwachen der Ausführung des Objekts auf Übereinstimmung mit der Genehmigung oder Zustimmung, den Verträgen mit ausführenden Unternehmen, den Ausführungsunterlagen, den

einschlägigen Vorschriften sowie mit den allgemein anerkannten Regeln der Technik

- 5.8.b Überprüfen von Pflanzen- und Materiallieferungen
- 5.8.c Abstimmen mit den oder Koordinieren der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten
- 5.8.d Fortschreiben und Überwachen des Terminplans unter Berücksichtigung jahreszeitlicher, bauablaufbedingter und witterungsbedingter Erfordernisse
- 5.8.e Dokumentation des Bauablaufes (zum Beispiel Bautagebuch), Feststellen des Anwuchsergebnisses
- 5.8.f Mitwirken beim Aufmaß mit den bauausführenden Unternehmen
- 5.8.g Rechnungsprüfung einschließlich Prüfen der Aufmäße der ausführenden Unternehmen
- 5.8.h Vergleich der Ergebnisse der Rechnungsprüfungen mit den Auftragssummen einschließlich Nachträgen
- 5.8.i Organisation der Abnahme der Bauleistungen unter Mitwirkung anderer an der Planung und Objektüberwachung fachlich Beteiligter, Feststellung von Mängeln, Abnahmeempfehlung für den Auftraggeber
- 5.8.j Antrag auf öffentlich-rechtliche Abnahmen und Teilnahme daran
- 5.8.k Übergabe des Objekts
- 5.8.l Überwachen der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel
- 5.8.m Auflisten der Verjährungsfristen für Mängelansprüche
- 5.8.n Überwachen der Fertigstellungspflege bei vegetationstechnischen Maßnahmen
- 5.8.o Kostenkontrolle durch Überprüfen der Leistungsabrechnung der bauausführenden Unternehmen im Vergleich zu den Vertragspreisen
- 5.8.p Kostenfeststellung, zum Beispiel nach DIN 276
- 5.8.q Systematische Zusammenstellung der Dokumentation, zeichnerischen Darstellungen und rechnerischen Ergebnisse des Objekts

Besondere Leistungen:

- 5.8.1 Dokumentation des Bauablaufs nach besonderen Anforderungen des AG
- 5.8.2 Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation

5.9 Leistungsphase 9 (Dokumentation und Objektbetreuung)

Folgende Grundleistungen:

- 5.9.a Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel, längstens

jedoch bis zum Ablauf von 5 Jahren seit Abnahme der Leistung, einschließlich notwendiger Begehungen

5.9.b Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen

5.9.c Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen

- (3) Abgerufen mit diesem Vertrag wird zunächst die Beauftragungsstufe 1 gem. § 3 Abs. 2 des Vertrages und nach DIN 276, dem fortgeschriebenen Terminplan und der dazugehörigen Kostenschätzung. Der AN hat sicherzustellen, dass er die Kostenaufteilung in allen Leistungsphasen der jeweiligen Beauftragungsstufe getrennt nach Förder- und Sanierungsmaßnahmen durchführt. Der AG ist darüber hinaus berechtigt (aber nicht verpflichtet), weitere Beauftragungsstufen oder Teile davon abzurufen. Ruft der AG nach Abschluss der Beauftragungsstufe 1 die Ingenieurleistungen für den Wiederaufbau in den Beauftragungsstufen 2 bis 5 ab, gelten für diese die zuvor aufgelisteten Besonderen und Optionalen Leistungen ausschließlich als Optionale Leistungen, deren Beauftragung sich der AG ausdrücklich vorbehält.

Falls der AG die in diesem Vertrag beschriebenen weiteren Beauftragungsstufen ganz oder teilweise abrufen, verpflichtet sich der AN bereits jetzt, die den abgerufenen Beauftragungsstufen mit diesem Vertrag zugeordneten Leistungen zu dem in diesem Vertrag vereinbarten anteiligen Honorar zu erbringen, es sei denn, dass seit der Fertigstellung der letzten Leistung des AN mehr als 6 Monate vergangen sind oder dass ein wichtiger Kündigungsgrund auf Seiten des AN vorliegt.

Ein Anspruch des AN auf Abruf weiterer Beauftragungsstufen oder Leistungen besteht nicht. Aus der stufenweisen Beauftragung oder Teilen davon oder aus dem Nichtabruf von Beauftragungsstufen oder Teilen davon kann der AN keinen Anspruch auf Erhöhung des Honorars, Schadenersatz oder sonstige Ersatzansprüche ableiten. Soweit weitere Beauftragungsstufen noch nicht beauftragt sind, wird der AN den AG schriftlich so rechtzeitig darauf hinweisen, dass die Beauftragung weiterer Leistungen aussteht, dass die vereinbarten Termine nicht gefährdet werden.

- (4) Der Abruf weiterer Leistungsstufen und Bauabschnitte bedarf der Schriftform und erfolgt in Abhängigkeit der Freigabe durch die Ausschüsse und politischen Gremien. Ein verbindlicher Auftrag des AG an den AN liegt erst dann und insoweit vor, als die jeweilige Beauftragungsstufe und der jeweilige Bauabschnitt bzw. die den einzelnen Beauftragungsstufen und Bauabschnitten mit diesem Vertrag jeweils zugeordneten Leistungen von dem AG ganz oder teilweise schriftlich abgerufen werden.
- (5) Erbringt der AN auf Anordnung des AG einzelne Leistungen noch nicht abgerufener Beauftragungsstufen zeitlich früher, als im Rahmen der stufenweisen Beauftragung vorgesehen, und wird die Beauftragungsstufe, der die erbrachte Leistung zuzuordnen ist, nicht abgerufen, hat der AN nur Anspruch auf Vergütung der erbrachten und nachgewiesenen Leistungen. Weitergehende Ansprüche stehen dem AN nicht zu.

Die Beauftragung bzw. der Abruf der jeweiligen Leistungsstufe oder Bauabschnitt hat spätestens innerhalb von 6 Monaten nach der Anzeige durch den Auftragnehmer zu erfolgen. Auch ein späterer Abruf ist für den Auftragnehmer bindend, sofern er nicht innerhalb einer Frist von 2 Wochen schriftlich widerspricht.

§ 4 **Durchführung des Vertrages**

- (1) Der AN ist insbesondere zur Erreichung folgender Planungsziele verantwortlich:
- Erstellung einer fördermittelfähigen Entwurfsplanung in Übereinstimmung mit den Fördermittelrichtlinien der Bezirksregierung Köln
 - Erarbeitung eines energetischen Konzeptes zur größtmöglichen Klimaneutralität und Prüfung der Umsetzung im Rahmen des Wiederaufbaus
 - Prüfung von Möglichkeiten zur Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie Bauen mit Holz
 - Beachtung einer ressourcenschonenden Bauweise, Prüfen von Klimaschutzziele im Rahmen von Dach- und Fassadenbegrünungen sowie ausgewiesenen Grünflächen in den Außenanlagen
 - Beachtung des Hochwasserschutzes als Objektschutz sowie auf dem Gelände z.B. in Form von Geländemodellierungen und Sitzstufen o.ä., gemäß erster Idee des Architekten und in weiterer Abstimmung mit diesem, inkl. Berücksichtigung der erforderlichen Berechnungen **und der Unterlagen der Dr. Pecher AG.**
 - **Herstellung bzw. Neuordnung von Parkplätzen mit dem Ziel der Umsetzung der Mindestanforderungen gemäß Stellplatzverordnung sowie unter Berücksichtigung der max. möglichen Anzahl.**
 - Berücksichtigung der Anforderungen an Barrierefreiheit und Inklusion
 - Beachtung von einer möglichen Kreislaufwirtschaft
 - Größtmögliche Terminsicherheit, sowohl im Hinblick auf die Erlangung der Fördermittel, als auch im Hinblick auf Priorisierung von Bauabschnitten und die weitere Planung.
- (2) Weitere verpflichtende Planungsziele ergeben sich aus den Projektbeschreibungen.
- (3) Die Leistungen des AN haben den nachfolgenden Anforderungen zu entsprechen:
- a) Die anerkannten Regeln der Technik, die einschlägigen (auch empfohlenen) DIN-, VDI- und VDE-Normen, Güte- und Maßbestimmungen für die in Bauwerken verarbeiteten Stoffe und Bauteile sowie alle einschlägigen technischen Vorschriften, auch Be- und Verarbeitung sowie Anwendungsvorschriften der Herstellerwerke, baurechtliche Bestimmungen und ministerielle Richtlinien für die jeweiligen Gewerke, insbesondere Einhaltung der Vorgaben der Schulbaurichtlinie, SchulBauR in der aktuellsten Fassung, soweit dieser Vertrag nicht ausdrücklich Abweichungen vorsieht.
 - b) Alle mit der Planung, Vergabe und Erstellung des Bauvorhabens zusammenhängenden gesetzlichen, berufsgenossenschaftlichen, behördlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Vorschriften, Verordnungen und Auflagen, der einschlägigen Landesbauordnung, Satzungen des AG, Vorschriften der Versorgungsunternehmen und Fördermittelrichtlinien der Bezirksregierung Köln.

- c) Ferner alle innerhalb der Bauzeit bis zur Abnahme eintretenden Änderungen der vorerwähnten Vorschriften, insbesondere solcher baurechtlicher, gewerberechtlicher, brandschutzrechtlicher, und ähnlicher Art.

Der AN hat seine Leistungen unter besonderer Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit, zu erbringen. Der AN hat alle Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten für den Bau des Gebäudes unter Beachtung der Vorgaben und des von dem AG gebilligten Planungskonzeptes auszuschöpfen und dafür Sorge zu tragen, dass die Vorgaben der Bezirksregierung Köln über die genehmigten Fördermittel eingehalten werden. Der AN hat seine Leistungen unter Beachtung und in Umsetzung der Vorgaben der Schulbaurichtlinie, SchulBauR in der aktuellsten Fassung, auszuführen.

- (4) Will der AN von den anerkannten Regeln der Technik in seiner Planung abweichen und stattdessen den Stand der Technik oder den Stand der Wissenschaft und Technik berücksichtigen, hat er mit entsprechender Erläuterung vorab hierzu die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen.
- (5) Der AG ist berechtigt, terminliche und inhaltliche Vorgaben hinsichtlich der Realisierung des Bauvorhabens, insbesondere betreffend Projektinhalt und -zeit auch über § 650b Abs. 1 BGB und vor Ablauf der in § 650b Abs. 2 BGB genannten Frist hinaus zu ändern und anzuordnen. Der AN wird die geänderten Vorgaben bei seinen Leistungen berücksichtigen und umsetzen sowie Weisungen des AG ausführen, soweit der AG dies anordnet, wobei seine Mitteilungspflicht bzgl. Bedenken unberührt bleibt. § 8 Abs. 8 des Vertrages bleibt unberührt.
- (6) Der AN hat im Rahmen seiner Leistungen zu überprüfen, dass dem Bauvorhaben keine öffentlich-rechtlichen Hindernisse und Bedenken entgegenstehen und den AG ggf. auf derartige Umstände hinzuweisen. Der AN wird bei der Erlangung aller behördlichen Genehmigungen, die zur Erbringung seiner Leistungen erforderlich sind, mitwirken, und den AG bei der Abstimmung mit den Behörden, insbesondere den Baubehörden und Fördermittelbehörden, in jeder Hinsicht unterstützen und über geführte Gespräche, Schriftverkehr oder Abstimmungen mit den Behörden umfassend informieren.

Der AN ist verpflichtet, dem AG von allen seine Leistung betreffenden behördlichen oder sonstigen, eine öffentlich-rechtliche Erlaubnis beinhaltenden Genehmigungen, Schriftstücken etc. jeweils das Original mit Anschreiben zu übergeben.

- (7) Der AN hat den AG im Rahmen der vereinbarten Leistungen über Problemstellungen und allen bei der Durchführung seiner Leistungen wesentlichen Umstände, insbesondere über Qualitäts-, Termin- oder Kostenabweichungen, sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die für das Bauvorhaben wesentlich sind oder sein können, unaufgefordert – auf Verlangen des AG unverzüglich – schriftlich zu unterrichten und mit ihm zu beraten sowie dem AG Lösungsvorschläge zu unterbreiten und auf mögliche Einsparungen hinzuweisen. Der AN gibt dem AG in regelmäßigen Abständen, in der Regel alle zwei Wochen Zwischenberichte über den Stand der Planung und Ausführung.
- (8) Der AN ist verpflichtet, an den vom AG festgesetzten Planungsbesprechungen teilzunehmen, soweit sie seine Leistungen betreffen.

- (9) Der AN stimmt die von ihm geschuldeten Leistungen zuvor mit dem AG und dem Architekten ab. Anordnungen und Anregungen des AG hat der AN bei Erbringung seiner Leistungen zu berücksichtigen und etwaige Bedenken hiergegen unverzüglich und schriftlich mitzuteilen und zu begründen.
- (10) Unterlagen oder Angaben des AG oder Dritten, die der AN zur Erbringung seiner Leistungen benötigt, hat der AN rechtzeitig anzufordern.
- (11) Unterlagen oder sonstige Informationen, die der AN vom AG oder vom Architekten erhält und die er seinen Leistungen zugrunde legen will, hat der AN so rechtzeitig auf Lücken, Widersprüche oder Unklarheiten zu prüfen und den AG schriftlich auf etwaige Unstimmigkeiten hinzuweisen, dass diese erforderlichenfalls korrigiert werden können, ohne dass es zu Verzögerungen im weiteren Projektablauf kommt.

Der AN ist zur kooperativen Zusammenarbeit mit dem AG, dem Architekten und Fachplanern verpflichtet. Er hat dem Architekten und den anderen Fachplanern im notwendigen Umfang Einblick in seine Unterlagen zu gewähren und die notwendigen Auskünfte zu erteilen, so dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß und rechtzeitig erbringen können.

- (12) Soweit es seine Aufgabe erfordert, ist der AN berechtigt und verpflichtet, die Rechte und Interessen des AG zu wahren. Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG ist der AN nicht berechtigt. Ohne vorherige Zustimmung des AG darf der AN finanzielle Verpflichtungen für den AG nur eingehen und/oder kostenerhöhende Maßnahmen nur anordnen, wenn Gefahr im Verzug und das Einverständnis der AG nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

- (13) Der AN benennt als Ansprechpartner und verantwortlichen Projektleiter

.....,

und als dessen Stellvertreter

.....

Ein Wechsel des Projektleiters oder dessen Stellvertreters bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, die dieser nur aus wichtigem Grund verweigern darf.

Voraussetzung sind die Mindestanforderungen für die jeweiligen Positionen aus dem Vergabeverfahren.

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Die Platzhalter werden ergänzt.

- (14) Der AN ist verpflichtet, jederzeit nur objektiv geeignete Mitarbeiter seines Büros und Erfüllungsgehilfen (insbesondere Subplaner) einzusetzen, die über eine fachliche Qualifikation verfügen, die den im Vergabeverfahren gewerteten Eignungskriterien entsprechen. Der AN hat insbesondere sicherzustellen, dass die von ihm eingesetzten Mitarbeiter seines Büros und Erfüllungsgehilfen (insbesondere Subplaner), deren Eignung im Vergabeverfahren gewertet wurde, auch tatsächlich eingesetzt werden. Vor einem etwaigen Austausch dieser eingesetzten Mitarbeiter oder Erfüllungsgehilfen hat der AN der AG rechtzeitig schriftlich zu informieren. Durch den Austausch von Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen darf der Erfolg der vom AN geschuldeten Leistungen (insbesondere im Hinblick auf die Qualität der Planung) nicht gefährdet werden.

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Die Angaben zum Projektteam werden verbindlicher Vertragsbestandteil und gewertet.

Soweit der AN Dritte mit der Erfüllung der von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen beauftragen will, bedarf er hierzu der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch den AG.

- (15) Verstößt der AN gegen seine Verpflichtungen gemäß Abs. 13, ist der AG berechtigt, eine Auswechslung des betreffenden Mitarbeiters oder Erfüllungsgehilfen zu verlangen und die bereits erteilte Zustimmung zur Beauftragung des Erfüllungsgehilfen zu widerrufen.

§ 5 Unterlagen

- (1) Der AN hat dem AG die von ihm erstellten Pläne, Zeichnungen, Modelle, Berechnungen, Beschreibungen, Berichte und sonstigen Arbeitsergebnisse jeweils zweifach in Papierform sowie zusätzlich nach den Vorgaben des AG in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

- Pläne und Zeichnungen im dwg- oder dxf-Format sowie BIM-Modelle im ifc-Format – An dieser Stelle wird darauf verwiesen, dass das gesamte Projekt mit der BIM-Methode bearbeitet wird und auf die entsprechenden Anlage (AIA, BAP) verwiesen.
- Berechnungen als Excel Dateien
- Beschreibungen, Berichte und sonstigen Arbeitsergebnisse als Word-Dateien und im pdf-Format

Der Austausch von Unterlagen sowie der Schriftverkehr werden über einen webbasierten Projektraum geführt, der durch den AG kostenlos für alle Beteiligten zur Verfügung gestellt wird.

Die modellbasierte Zusammenarbeit erfolgt über eine Kollaborationsplattform, die ebenfalls durch den AG zur Verfügung gestellt wird.

- (2) Die Freigabe aller Unterlagen zur Weiterverarbeitung erfolgt ausschließlich schriftlich durch den AG. Die Freigabe ist zugleich Voraussetzung für die Durchführung weiterer, hierauf aufbauender Leistungen.
- (3) Das Projekt wird durch alle Planungsbeteiligten spätestens ab der LPH 3 mit der BIM-Methode bearbeitet. Die entsprechenden AIA sowie ein Entwurf des BAP sind als Anlage beigefügt und entsprechend zu berücksichtigen.
Der AN stellt alle erstellten Pläne und Entwürfe in einer digitalen Kollaborationsplattform (Common Data Environment, CDE) bereit. Die Bereitstellung der Kollaborationsplattform erfolgt durch den AG oder einen Bevollmächtigten.
- (4) Der AN stellt dem Architekten die zur Erstellung der Abschlussdokumentation, die der Architekt nach den Vorgaben des Fördermittelgebers zu erbringen hat und die als Mindeststandard den Anforderungen der DIN 69901 entsprechen muss, notwendigen Pläne, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, soweit sie seinen Leistungsbereich betreffen, zur Verfügung.
- (5) Hat der AN im Zusammenhang mit der Erbringung seiner Leistungen gegen die Anwendung der im Vertrag oder den als Anlagen beigefügten Unterlagen oder der einzuhaltenden Bestimmungen und Richtlinien Bedenken oder stellt er Lücken, Überschneidungen oder Widersprüche fest, wird der AN den AG unverzüglich schriftlich hierauf hinweisen. Der AG wird in solchen Fällen schnellstmöglich eine verbindliche Entscheidung treffen. Angaben und Festlegungen im Vertrag oder in den als Anlagen beigefügten Unterlagen sowie zukünftig hinzutretende Vertragsunterlagen entbinden den AN nicht von seiner Verpflichtung zur selbständigen Prüfung und von seiner Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm geschuldeten Leistungen.

Der AN hat im Bedarfsfall, zum Beispiel bei Bedenken von Planungsbeteiligten, Hinweisen/Anregungen des AG oder Behördeneinwänden unter Beachtung der Planungsziele sowie der Termine, Alternativen zu prüfen bzw. zu erarbeiten und aufzuzeigen. Hierbei sind gegebenenfalls andere an der Planung bzw. Ausführung Beteiligte einzubeziehen oder den AG die Hinzuziehung von (weiteren) Sonderfachleuten zu empfehlen.

§ 6

Termine und Fristen

- (1) Folgende Termine sind verbindliche Vertragsfristen:

Bearbeitungsstufe 1:

Abschluss Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung):	schnellstmöglich, zur Aufnahme der LPH 2
Abschluss Leistungsphase 2 (Vorplanung):	schnellstmöglich, zur Aufnahme der LPH 3

Abschluss Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung):

wird im Zuge des Verfahrens ergänzt, voraussichtlich Ende 2026.

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Der Auftraggeber ergänzt die verbindlichen Vertragsfristen im Laufe des Vergabeverfahrens spätestens mit Aufforderung zur Abgabe der letztverbindlichen Angebote.

Beauftragungsstufen 2 – 9:

Fertigstellung gemäß dann gültigem Rahmenterminplan. Die aktuellste Fassung ist als Anlage beigefügt.

Die Ausführungsfrist beginnt mit Bezuschlagung des Angebots.

Der AN hat seine Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass die vereinbarten Vertragsfristen sowie die im vom Architekten erstellten und fortgeschriebenen Terminpläne vereinbarten weiteren Termine und Fristen eingehalten werden und der geplante Projektablauf nicht gefährdet wird.

Erfüllt der AN diese Verpflichtung nicht, ist der AG berechtigt, über die vorstehend vereinbarten Vertragsfristen und über die in den Terminplänen des Architekten vereinbarten Termine und Fristen hinausgehende Planliefertermine und Fristen zur Sicherstellung eines kontinuierlichen Planungsprozesses und einer termingerechten Fertigstellung des Bauvorhabens nach billigem Ermessen zu bestimmen (§ 315 BGB) und die Fälligkeit der jeweiligen Leistung durch angemessene Fristen zu bestimmen und herbeizuführen.

- (2) Der AN hat die von ihm geschuldeten Pläne, Zeichnungen und sonstigen Arbeitsergebnisse den ausführenden Unternehmen unter Berücksichtigung der für die Ausführung der jeweiligen Leistung erforderlichen Vorlaufzeiten zur Verfügung zu stellen.
- (3) Auf drohende oder eintretende Leistungsverzögerungen oder sonstige Umstände, die eine Einhaltung der abgestimmten Termine gefährden können, hat der AN den AG unverzüglich und schriftlich zu unterrichten sowie Vorschläge zur Kompensierung der Terminverzögerungen oder zur Abschwächung ihrer Folgen zu unterbreiten. Der AN hat alles Erforderliche zu veranlassen, um die Einhaltung der Termine sicherzustellen.
- (4) Eine Verschiebung von Fälligkeitsterminen für Leistungen des AN wird nur dann wirksam, wenn diese vom AG ausdrücklich genehmigt oder die verzögernden Umstände nicht vom AN zu vertreten sind.

§ 7

Abnahme

- (1) Abnahmen, insbesondere für die Leistungen aus § 6 Abs. 1, werden ausschließlich förmlich durchgeführt.
- (2) Der AG behält sich Teilabnahmen für die Leistungen aus § 6 Abs. 1 ausdrücklich vor. Zur Abnahme teilt der AN dem AG mit, dass die nach § 6 Abs. 1 zu erbringenden Planungs- bzw. Ingenieurleistungen abnahmebereit sind.
- (3) Im Zuge der Abnahme von Planungsleistungen in der Beauftragungsstufe 1 hat der AG das Recht, diese zu prüfen und – sofern notwendig – deren (mehrfache) Überarbeitung zu fordern. Zu diesem Zweck übergibt der AN dem AG die gesamte Entwurfsplanung.
- (4) Vor der Abnahme von Ingenieurleistungen in den Beauftragungsstufen 2 bis 5 hat der AG das Recht, die Räumlichkeiten, in denen diese erbracht worden sind, zu betreten und auf Abnahmereife zu prüfen.
- (5) Eine fiktive Abnahme und eine Abnahme durch Ingebrauchnahme sind ausgeschlossen.
- (6) Nach Fertigstellung des Gesamtvorhabens ist eine förmliche Gesamtabnahme vorzunehmen. Gegenstand der Gesamtabnahme können auch Leistungen sein, die bereits Gegenstand einer Teilabnahme waren. Die Verjährungsfristen für Mängelansprüche beginnen erst mit der Gesamtabnahmeerklärung des AG zu laufen.
- (7) Über die jeweilige Abnahme ist gemeinsam ein Abnahmeprotokoll zu erstellen und von den Vertragsparteien zu unterzeichnen.
- (8) Die Teil- bzw. Gesamtabnahme setzt in der Beauftragungsstufe 1 einen – auch wirtschaftlich umsetzbaren – Planungserfolg und in den Beauftragungsstufen 2 bis 5 eine uneingeschränkte und einwandfreie Nutzung der vom AN erbrachten Leistungen nach Maßgabe der Projektbeschreibung Freianlagen und den in diesem Vertrag definierten Anforderungen voraus.
- (9) Der AG nimmt die erbrachten Planungs- bzw. Ingenieurleistungen ab, wenn diese frei von Mängeln sind. Im Falle von Mängeln kann die Abnahme durch den AG bis zur vollständigen Mangelbeseitigung verweigert werden. Der AN ist zur Mängelbeseitigung binnen einer angemessenen Frist berechtigt und verpflichtet. Andernfalls behält sich der AG vor, die förmliche Abnahme, gegebenenfalls unter Auflistung eventueller Mängel, welche vom AN innerhalb einer angemessenen Frist zu beseitigen sind, zu erklären. Die Mängelbeseitigungsarbeiten sind im Abnahmeprotokoll zu dokumentieren.
- (10) Verweigert der AG die Abnahme unter Angabe mindestens eines Mangels hat der AN, abweichend von § 650q Abs. 1 i.V.m. 650g Abs. 2 BGB, dem AG innerhalb einer angemessenen Frist mindestens 3 geeignete Termine zur Zustandsfeststellung vorzuschlagen. Sollte keiner dieser Termine von dem AG wahrgenommen werden können, wird er seinerseits geeignete Terminvorschläge unterbreiten. Das Verlangen des AN nach einer Zustandsfeststellung gemäß § 650q Abs. 1 i.V.m. 650g Abs. 1 BGB hat

schriftlich zu erfolgen.

- (11) Kann bei einem Termin zur Zustandsfeststellung gemäß § 650q Abs. 1 i.V.m. 650g Abs. 1 BGB kein Einvernehmen zwischen dem AG bzw. einem von ihr entsandten Vertreter und dem AN über den Zustand hergestellt werden, findet § 650q Abs. 1 i.V.m. 650g Abs. 2 BGB keine Anwendung. In diesem Fall wird jede Vertragspartei eine eigene Zustandsfeststellung anfertigen und der Gegenseite unverzüglich, spätestens innerhalb von 3 Werktagen, zur Verfügung stellen.
- (12) Im Falle der einseitigen Zustandsfeststellung durch den AN gemäß § 650q Abs. 1 i.V.m. 650g Abs. 2 BGB hat dieser den AG die Abschrift der einseitigen Zustandsfeststellung unverzüglich, spätestens innerhalb von 3 Werktagen, zur Verfügung zu stellen. Anderenfalls ist § 650q Abs. 1 i.V.m. § 650g Abs. 3 BGB auf die einseitige Zustandsfeststellung des AN nicht anwendbar.

§ 8

Vergütung und Zahlungen

- (1) Der AN erhält für die von ihm nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen ein Honorar (netto) in Höhe von vorläufig

€

(in Worten: EURO)

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen.

- (2) Das Honorar berechnet sich auf Grundlage der anrechenbaren Kosten des Objekts auf Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf Grundlage der Kostenschätzung. Die anrechenbaren Kosten betragen (netto):

Wiederaufbau und Sanierung: € 5.000.000,00 (netto)

- (3) Das Bauvorhaben wird gem. § 39 HOAI wie folgt eingeschätzt:

- Honorarzone: IV
- Honorarsatz: Mindestsatz

- (4) Bewertung der Leistungsphasen (§ 39 HOAI):

Leistungsphase: _____ Bewertung HOAI (in %) _____ vereinbart (in %) _____

- Leistungsphase 1: (1,7 %)

-	Leistungsphase 2:	(10 %)
-	Leistungsphase 3:	(16 %)
-	Leistungsphase 4:	(4 %)
-	Leistungsphase 5:	(25 %)
-	Leistungsphase 6:	(7 %)
-	Leistungsphase 7:	(3 %)
-	Leistungsphase 8:	(30 %)
-	Leistungsphase 9:	(2 %)

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen.

(5) Die Besonderen Leistungen werden wie folgt vergütet:

1.3.1 Erarbeiten besonderer Darstellungen, zum Beispiel Modelle, Perspektiven, Animationen €.....

1.3.2 Teilnahme an Sitzungen in politischen Gremien oder im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung €.....

2.4.1 Erstellen eines Überflutungsnachweises für Grundstücke €.....

2.4.2 Erstellen von Rodungs- und Baumfällanträgen €.....

5.8.1 Dokumentation des Bauablaufs nach besonderen Anforderungen des AG €.....

5.8.2 Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation €.....

Summe Besondere Leistungen (netto): €.....

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen. Die Ergänzung unter „Summe Optionale Leistungen (netto)“ wird in der Position „Honorarsumme Optionale Leistungen“ gewertet.

(6) Die Optionalen Leistungen werden – im Falle ihrer Beauftragung – wie folgt vergütet:

1.2.1 Mitwirken bei der Gestaltung der Brücken, die durch den Fachbereich Ingenieurbauwerke geplant werden (Aufwandsabschätzung erfolgt für eine Fußgängerbrücke) €.....

1.3.1 Mitwirken bei der Gestaltung der Brücken, die durch den Fachbereich
Ingenieurbauwerke geplant werden (Aufwandsabschätzung erfolgt für eine
Fußgängerbrücke) €

Summe Optionale Leistungen (netto): €

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen. Die Ergänzung unter „Summe Optionale Leistungen (netto)“ wird in der Position „Honorarsumme Optionale Leistungen“ gewertet.

- (7) Im Falle der Gesamtbeauftragung wird für sämtliche anfallenden Nebenkosten eine Nebenkostenpauschale in Höhe von ... % des Netto-Honorars vereinbart.

Zu den Nebenkosten nach § 14 Abs. 2 HOAI gehören insbesondere:

1. Versandkosten, Kosten für Datenübertragungen, EDV-, Internet-, Telefon-, Fax-Foto-, Kopierkosten bis einschließlich DIN A3,
2. Kosten für Vervielfältigungen von Zeichnungen und schriftlichen Unterlagen sowie für die Anfertigung von Filmen und Fotos,
3. Kosten für ein Baustellenbüro einschließlich der Einrichtung, Beleuchtung und Beheizung,
4. Fahrtkosten für Reisen, die über einen Umkreis von 15 Kilometern um den Geschäftssitz des Auftragnehmers hinausgehen, in Höhe der steuerlich zulässigen Pauschalsätze, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden,
5. Trennungsentschädigungen und Kosten für Familienheimfahrten in Höhe der steuerlich zulässigen Pauschalsätze, sofern nicht höhere Aufwendungen an Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen des Auftragnehmers auf Grund von tariflichen Vereinbarungen bezahlt werden,
6. Entschädigungen für den sonstigen Aufwand bei längeren Reisen nach Nummer 4, sofern die Entschädigungen vor der Geschäftsreise in Textform vereinbart worden sind,
7. Entgelte für nicht dem Auftragnehmer obliegende Leistungen, die von ihm im Einvernehmen mit dem Auftraggeber Dritten übertragen worden sind.

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen. Bei der Nebenkostenpauschale handelt es sich um eine Position, die in der Position „Honorarsumme Grund- und Besondere Leistungen“ und in der Position „Honorarsumme Optionale Leistungen“ gewertet wird.

- (8) Sämtliche Preise bzw. Kalkulationen beinhalten den Umbauzuschlag, in dem die mitzuverarbeitende Bausubstanz prozentual zu berücksichtigen ist.
- (9) Das vorläufige Gesamthonorar (netto) (ohne Optionale Leistungen) beläuft sich damit auf €

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen.

Hiervon entfallen auf die einzelnen Beauftragungsstufen:

a) Beauftragungsstufe 1:

Leistungsphase 1: €
 Leistungsphase 2: €
Leistungsphase 3: €

Summe Beauftragungsstufe 1 (netto): €

b) Beauftragungsstufe 2:

Leistungsphase 4: €
 Summe Beauftragungsstufe 2 (netto): €

c) Beauftragungsstufe 3:

Leistungsphase 5: €

Summe Beauftragungsstufe 3 (netto): €

d) Beauftragungsstufe 4:

Leistungsphase 6: €
Leistungsphase 7: €

Summe Beauftragungsstufe 4 (netto): €

e) Beauftragungsstufe 5:

Leistungsphase 8: €
Leistungsphase 9: €

Summe Beauftragungsstufe 5 (netto): €

f) Gesamthonorar vorläufig:

- Beauftragungsstufe 1: €
- Beauftragungsstufe 2: €
- Beauftragungsstufe 3: €
- Beauftragungsstufe 4: €
- Beauftragungsstufe 5: €
- Besondere Leistungen: €
- Optionale Leistungen: €

Zwischensumme I (netto): €
 zzgl. Nebenkosten (...%): €
zzgl. Umbauzuschlag: €
 Zwischensumme II (netto): €
 zzgl. Mwst. (19%): €
 Zu- und Abschlag (Nachlass) €
 Gesamthonorar vorläufig (brutto): €

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen.

- (10) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

Damit sind nicht davon unabhängige, bislang nicht beauftragte Optionale Leistungen gemeint, die über das beauftragte Leistungsbild hinausgehen. Diese sind, sollten sie dem AN beauftragt werden, auch zusätzlich zu vergüten. Die Beauftragung Optionaler Leistungen erfolgt schriftlich.

- (11) Leistungen, welche über den in diesem Vertrag vereinbarten Umfang hinausgehen oder diesen ändern, bedürfen, soweit es sich nicht um vom AG geänderte/angeordnete Leistungen handelt, einer gesonderten Beauftragung durch den AG. Deren Vergütung ermittelt sich auf Grundlage der Honorarermittlung **(Anlage (...))** nach Maßgabe der HOAI, soweit die Parteien keine Abrechnung als Zeithonorar oder als Pauschalhonorar schriftlich vereinbaren. § 650c Abs. 1 und 2 BGB ist nicht anzuwenden.

- (12) Sofern die Parteien Zeithonorare vereinbaren, gelten folgende Stundensätze:

- Projektleiter: € /h netto
- Teamleiter € /h netto

- Ingenieur: € /h netto
- technische Mitarbeiter / Zeichner: € /h netto
- Assistenz: € /h netto

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Im Rahmen der Angebotsabgabe sind die Parameter im Honorarformblatt (Unterlage E) zu ergänzen. Der AG behält sich vor, die Stundensätze nach Abschluss der Verhandlungsgespräche und vor Abgabe der letztverbindlichen Angebote für alle Bieter einheitlich vorzugeben.

Die v.g. Stundensätze enthalten, sofern die Parteien nichts Abweichendes vereinbaren, sämtliche etwaigen Zuschläge, Kosten für Beaufsichtigung, Auslösungen, Sekretariatsarbeiten und sonstige Nebenkosten. Die Abrechnung von Zeithonoraren hat nach Stundenbelegen bzw. Aufwandsnachweisen zu erfolgen, die Angaben zum jeweiligen Tätigkeitszeitraum, zu Art und Umfang der geleisteten Tätigkeit sowie zu den ausführenden Personen enthalten müssen.

- (13) Die vorstehend vereinbarten Honorare und Nebenkosten verstehen sich zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (14) Die Rechnungen sind in ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnung zu bezeichnen, durchlaufend zu nummerieren und mit allen für die Prüfung notwendigen Unterlagen in zweifacher Ausfertigung in Papierform beim AG einzureichen. Leistungen, die nach Zeithonorar im Sinne des Abs. 12 zu vergüten sind, müssen im Vorfeld schriftlich beauftragt werden. In der schriftlichen Beauftragung hat der AN insbesondere die Art und den Umfang der zu leistenden Tätigkeit sowie die ausführenden Personen anzugeben.
- (15) Die Parteien können Abschlagszahlungen auch in einem Zahlungsplan näher festlegen. Die Auszahlung der in einem Zahlungsplan an Kalendertermine gekoppelten Zahlungen hängt davon ab, dass die für die jeweiligen Termine prognostizierten bzw. abgestimmten Leistungen auch tatsächlich erbracht und anhand prüffähiger Unterlagen nachgewiesen wurden.
- (16) Die Honorarschlussrechnung kann erst nach vollständiger Erfüllung aller vertraglich geschuldeten Leistungen gestellt werden. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN nach vollständiger Erfüllung der letzten abgerufenen Beauftragungsstufe eine Honorarschlussrechnung vorlegen, wenn keine nachfolgenden Beauftragungsstufen oder Leistungen hieraus beauftragt werden und die Frist des § 3 Abs. 3 des Vertrages abgelaufen ist. Im Übrigen werden Teilschlussrechnungen nicht gestellt.

Hinweis an die Bewerber/Bieter:

Die Anforderungen an die vom AN zu erstellenden Rechnungen im Rahmen der getrennten Kostenkontrolle werden entweder Gegenstand der Verhandlungen oder der AG stellt diese nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs zur Verfügung.

- (17) Die Schlusszahlung erfolgt innerhalb von 2 Monaten nach Eingang einer prüffähigen Honorarschlussrechnung beim AG.
- (18) Bei Rückforderungen des AG aus Überzahlungen kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

§ 9

Mängelhaftung, Verjährung und Pönale

- (1) Haftung des AN und Mängelrechte des AG richten sich nach dem Werkvertragsrecht des BGB.
- (2) Die Verjährung von Mängelansprüchen gegen den AN beträgt fünf Jahre und beginnt mit der vollständigen Erfüllung und Abnahme der letzten aufgrund dieses Vertrages zu erbringenden Leistungen. Der Abschluss einzelner Leistungsphasen und/oder Beauftragungsstufen ist ohne Einfluss auf den Beginn und Dauer der Verjährungsfrist.
- (3) Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistung werden durch die Zustimmung des AG zu einzelnen Maßnahmen etc. nicht eingeschränkt. Das Gleiche gilt für Anordnungen des AG gegenüber dem AN, sofern der AN diesbezüglich keine Bedenken angemeldet hat. Bedenkenanmeldungen haben schriftlich an den AG zu erfolgen.
- (4) Der AN kann sich bei Fehlern oder Mängeln, für die er haftet oder Gewähr zu leisten hat, dem AG gegenüber nicht darauf berufen, dass dieser aufgrund eigener Sachkunde oder Offenkundigkeit in der Lage gewesen sei, dies so rechtzeitig zu erkennen, dass ein Schaden hätte vermieden werden können.
- (5) Werden die Termine im Sinne von § 6 Abs. 1 überschritten, hat der AN an den AG eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % des Nettohonorars der 1. Beauftragungsstufe (ohne Optionale Leistungen) pro Werktag der Überschreitung, höchstens jedoch 5,0 % des Nettohonorars der 1. Beauftragungsstufe (ohne Optionale Leistungen) zu bezahlen, es sei denn, der AN hat die Überschreitung nicht zu vertreten. Die Vertragsstrafe ist nur verwirkt, wenn sie der AG nicht innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der prüffähigen Honorarschlussrechnung geltend macht. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den AG ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des AG angerechnet.

§ 10

Versicherung

- (1) Zur Sicherung von Ersatzansprüchen aus diesem Vertrag hat der AN eine Berufshaftpflichtversicherung und Betriebshaftpflichtversicherung, die den AG als Begünstigten auszuweisen haben, mit folgenden Mindestdeckungssummen für Personen-, Sach- und sonstige Schäden (insbesondere Vermögensschäden) je Schadensfall abzuschließen und über die Gesamtdauer des Vertrages aufrecht zu erhalten:

- Personenschäden:	€ 5.000.000,00
- Sach- und Vermögensschäden:	€ 5.000.000,00
- (2) Der AN verpflichtet sich, den Versicherungsschutz zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und auf jederzeitiges Anfordern des AG nachzuweisen. Über den Fortbestand des Versicherungsschutzes hat der AN unaufgefordert jährlich Belege

vorzulegen. Vor Vorlage eines Versicherungsnachweises hat der AN keinen Anspruch auf Zahlung einer Vergütung.

- (3) Der AN wird seine Versicherer anweisen, dem AG unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn sich Veränderungen im vereinbarten Versicherungsschutz ergeben.
- (4) Schadensfälle sind sowohl dem AG als auch dem Versicherer unverzüglich zu melden. Versicherungsrechtliche Obliegenheiten hat der AN zwingend zu beachten.

§ 11 Kündigung

- (1) Für die Kündigung des Vertrages gelten – vorbehaltlich der nachfolgenden Vereinbarungen – die gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der AG kann den Vertrag jederzeit ganz oder teilweise kündigen.
- (3) Der Vertrag ist für beide Parteien aus wichtigem Grund kündbar. Ein wichtiger Kündigungsgrund für den AG liegt insbesondere vor, wenn
 - der AN seine Tätigkeit für das Bauvorhaben einstellt, verbindliche Vertragstermine nicht einhält oder mit seinen Leistungen in Verzug gerät, und er einer vom AG gesetzten angemessenen Nachfrist nicht nachkommt,
 - schuldhaft eine vertragswesentliche Pflicht verletzt und er einer vom AG gesetzten angemessenen Frist zur Abhilfe nicht nachkommt,
 - der AN Zahlungen einstellt, über das Vermögen des AN Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt oder ein solches mangels Masse angelehnt wird oder
 - ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des AN eröffnet wird.

Besteht der wichtige Kündigungsgrund in der schuldhaften Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht, darf die fristlose Kündigung erst dann erfolgen, wenn eine zur Abhilfe gesetzte angemessene Frist fruchtlos abgelaufen ist. Dies gilt nicht, wenn die Erfüllung der vertragswesentlichen Pflicht ernsthaft und endgültig verweigert wird oder sonstige Umstände vorliegen, unter denen unter Abwägung der beiderseitigen Interessen ein weiteres Festhalten am Vertrag nicht zumutbar ist; in diesem Fall kann der Vertrag sofort aus wichtigem Grund gekündigt werden.

- (4) Wird aus einem Grunde gekündigt, den der AG zu vertreten hat, erhält der AN die volle Vergütung für die bereits erbrachten Leistungen unter Berücksichtigung des Bewertungsmaßstabes der in Bezug genommenen Vorschriften der HOAI im Verhältnis zur vereinbarten Gesamtvergütung. Hinsichtlich der noch nicht erbrachten Leistungen erhält der AN eine Vergütung unter Berücksichtigung der ersparten Aufwendungen.
- (5) Wird das Vertragsverhältnis aus Gründen beendet, die nicht vom AG zu vertreten sind, sind nur die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen unter Berücksichtigung des Bewertungsmaßstabes der in Bezug genommenen Vorschriften der HOAI im Verhältnis zur vereinbarten Gesamtvergütung

zu vergüten, soweit diese für den AG brauchbar und deren Verwertung für den AG zumutbar ist. Weitere Ansprüche des AN sind ausgeschlossen.

- (6) Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (7) Im Fall einer Kündigung oder sonstigen vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN seine Arbeiten bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung so abzuschließen und zu dokumentieren, dass ein Dritter ohne unangemessene Schwierigkeiten an die Arbeitsergebnisse des AN anschließen kann und es nicht zu Beeinträchtigungen im Projektablauf kommt. Insbesondere hat der AN alle ihm überlassenen Unterlagen herauszugeben und sämtliche von ihm erstellten und für die Fortführung der Baumaßnahme erforderlichen Unterlagen einschließlich digitaler Dateien gem. § 5 Abs. 1 des Vertrages an den AG auszuhändigen. Dies gilt unabhängig vom Bestehen von Urheberrechten. Leistungsverweigerungs- und Zurückbehaltungsrechte sind ausgeschlossen.
- (8) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, unverzüglich nach Kündigung oder sonstiger vorzeitiger Beendigung des Vertragsverhältnisses den von dem AN erreichten Leistungsstand festzustellen und zu dokumentieren.
- (9) Die vorstehenden Regelungen gelten für Teilkündigungen entsprechend.

§ 12

Geheimhaltung und Datenschutz

- (1) Sämtliche Informationen und Unterlagen, die eine Vertragspartei von der anderen Vertragspartei oder auf deren Veranlassung von Dritten im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages erhält oder bekannt werden, sowie die Bedingungen dieses Vertrages samt seiner Anlagen selbst (nachfolgend: „geheimhaltungspflichtige Informationen“) sind vertraulich zu behandeln und dürfen ausschließlich für die Zwecke dieses Vertrages verwendet werden. Die Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung gilt zeitlich unbegrenzt.
- (2) Die vorstehende Verpflichtung entfällt,
 - wenn die geheimhaltungspflichtigen Informationen schon vor der Kenntnisnahme der Vertragspartei bekannt waren oder ihr durch einen Dritten mitgeteilt wird, ohne dass ein Verstoß gegen eine Geheimhaltungsverpflichtung des Dritten vorliegt,
 - wenn die geheimhaltungspflichtigen Informationen der Öffentlichkeit vor dem Empfang zugänglich waren oder der Öffentlichkeit nach dem Empfang zugänglich wurden, ohne dass die geheimhaltungspflichtige Vertragspartei hierfür verantwortlich war,
 - wenn die Vertragspartei aufgrund gesetzlicher oder behördlicher Bestimmungen zu einer Offenlegung geheimhaltungspflichtiger Informationen verpflichtet ist oder
 - wenn sich die Vertragsparteien über ein Abweichen einigen.

- (3) Die vom AG überlassenen Daten bleiben Eigentum des AG und unterliegen seiner Verfügungsgewalt. Die Verwertung der Daten für eigene Zwecke des AN ist ausgeschlossen, soweit dies nicht zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen nach diesem Vertrag erforderlich ist. Der AN ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG nicht berechtigt, anderen Dritten Auskünfte über Daten zu erteilen, die ihm vom AG überlassen wurden.
- (4) Der AN darf Dritten, mit Ausnahme seiner Subplaner, Behörden und sonstigen fachlich oder baulich Beteiligten, ohne Einwilligung des AG auch auszugsweise keine Pläne oder Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte erteilen, die das Bauvorhaben betreffen.
- (5) Der AN verpflichtet sich mit Schutzwirkung für die Betroffenen, das Datengeheimnis und das Geschäftsgeheimnis des AG zu wahren.
- (6) Der AN ist verpflichtet, im Rahmen seiner Leistungserbringung personenbezogene Daten ausschließlich nach den geltenden Datenschutzgesetzen zu verarbeiten. Auf Verlangen des AG hat der AN dies in geeigneter Weise nachzuweisen.
- (7) Der AN stellt sicher, dass die Geheimhaltung und datenschutzrechtlichen Bestimmungen nach Maßgabe vorstehender Regelungen auch von seinen Mitarbeitern eingehalten werden. Der AN verpflichtet sich ferner, seine Subplaner und sonstigen Erfüllungsgehilfen entsprechend zu verpflichten und dies auf Verlangen dem AG nachzuweisen.

§ 13

Übertragung von Rechten und Pflichten

- (1) Eine Übertragung von Rechten und Pflichten aus diesem Vertrag bedarf – außer im Falle der Rechtsnachfolge kraft Gesetzes – der schriftlichen Zustimmung durch den AG.
- (2) Für den Fall, dass über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung Insolvenzverfahrens beantragt wird, tritt der AN dem AG bereits jetzt seine Ansprüche gegenüber seinen Subplanern sicherungshalber ab. Der AG nimmt diese Abtretung an. Der AG bevollmächtigt den AN, die Ansprüche des AN gegenüber seinen Subplanern selbst geltend zu machen. Der AG darf diese Vollmacht nur aus wichtigem Grund (insbesondere bei Insolvenz des AN) widerrufen.

§ 14

Aufbewahrungspflichten, Herausgabe- und Auskunftsanspruch des AG

- (1) Der AN ist verpflichtet, Zeichnungen und sonstige die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen für die Dauer von 10 Jahren nach Erfüllung der letzten aufgrund dieses Vertrages erbrachten Leistung aufzubewahren. Nach Ablauf dieser Frist hat der sie dem AG schriftlich zur Übergabe, für die kein gesondertes Entgelt anfällt, anzubieten. Erklärt der AG nicht innerhalb einer Frist von 3 Monaten, die Unterlagen zu übernehmen, ist der AN berechtigt, diese zu vernichten.

- (2) Ein Zurückbehaltungs-, Leistungsverweigerungs- und Pfandrecht des AN an seinen Arbeitsergebnissen ist ausgeschlossen. Dies gilt auch im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung.
- (3) Der AN hat den AG während und auch nach Erfüllung seiner Leistungen nach Aufforderung unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft in Bezug auf die von dem AN erbrachten Leistungen zu erteilen. Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird.

§ 15

Urheber- und Nutzungsrechte

- (1) Dem AN bleibt, sofern er urheberrechtlich schutzfähige Leistungen erbringt, ein etwaiges Urheberrecht an den von ihm angefertigten Zeichnungen und sonstigen schutzfähigen Leistungen.
- (2) Der AN überträgt dem AG das Nutzungsrecht an seinem Urheberrecht mit folgenden Befugnissen:
 - Der AG darf die von dem AN angefertigte Planung ohne Zustimmung und ohne Mitwirkung des AN für das in § 1 des Vertrages bezeichnete Bauvorhaben uneingeschränkt nutzen. Der AG ist insbesondere berechtigt, die Planung des AN sowie das aufgrund dieser Planung ausgeführte Werk zu bearbeiten, zu verwerten, planerisch weiterzuentwickeln, zu vervielfältigen, auf Bild- und Tonträger zu übertragen, zu veröffentlichen und zu ändern, ohne dass dem AN hierfür eine gesonderte Vergütung zusteht.
 - Der AG darf das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Zustimmung des AN abbrechen oder ändern, sofern es hierfür sachliche Gründe gibt.
 - Bei wesentlichen Änderungen ist der AG jedoch, soweit zumutbar und urheberrechtlich geschützte Leistungen des AN berührt sind, verpflichtet, den AN zu unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Widerspricht der AN den mitgeteilten Änderungen nicht innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist, gelten die Änderungen als vom AN gebilligt.
- (3) Der AG ist berechtigt, das Nutzungsrecht auf Dritte, die das Bauwerk errichten, in irgendeiner Weise an seiner Errichtung beteiligt sind oder nach seiner Fertigstellung Eigentümer (auch Teileigentümer) des Bauwerks werden oder ein dingliches Nutzungsrecht erwerben, ohne Zustimmung des AN weiter zu übertragen.
- (4) Der AN sichert zu, dass seine Leistungen aus diesem Vertrag frei von Rechten Dritter sind. Er stellt den AG von möglichen Ansprüchen wegen der Verletzung von Urheber- und Schutzrechten Dritter frei.
- (5) Der AG hat, soweit urheberrechtlich geschützte Leistungen des AN berührt sind, das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN. Der AN ist berechtigt, der Veröffentlichung seines Namens zu widersprechen, wenn der AG die Planung des AN oder das aufgrund seiner Planung erstellte Bauwerk nicht nur unerheblich geändert wird.

- (6) Veröffentlichungen des AN sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Dies schließt auch die Erwähnung des Projekts in Referenzlisten o.ä. mit ein.
- (7) Mit der in diesem Vertrag vereinbarten Vergütung sind sämtliche Forderungen des AN abgegolten, die sich aus der Übertragung von Nutzungsrechten ergeben.
- (8) Vorstehende Regelungen gelten auch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages.
- (9) Soweit der AN Leistungen aus diesem Vertrag an Subplaner oder sonstige Erfüllungshilfen untervergibt, hat er mit diesen Vereinbarungen über das Urheberrecht und die Nutzungsrechte abzuschließen, die die Ansprüche des AG nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen sicherstellen.

§ 16

Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist Euskirchen.
- (3) Als Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag vereinbaren die Parteien, soweit gesetzlich zulässig, Euskirchen.
- (4) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen dennoch wirksam. Unwirksame Bestimmungen sind von den Parteien unverzüglich durch wirksame Bestimmungen zu ersetzen, die den Zweck der weggefallenen Bestimmungen mit größtmöglicher Näherung. Entsprechendes gilt, wenn der Vertrag eine Lücke aufweist, die die Parteien bei Vertragsschluss nicht bedacht haben.

<u>Anlagenspiegel</u>

- **Anlage 1:** Projektbeschreibung
- **Anlage 2:** Vermesserplan
- **Anlage 3:** Planunterlagen Bestand
- **Anlage 4:** Planunterlagen LPH 2 Konzept
- **Anlage 5:** Unterlagen BIM
- **Anlage 6:** Honorarermittlung (*vom Bieter einzureichen*)
- **Anlage 7:** Auftragsbezogenes Konzept zur Sicherstellung der Erfüllung der vertraglichen Pflichten (*vom Bieter einzureichen*)
-

Euskirchen, den , den

.....
(Kreis Euskirchen)

.....
(Auftragnehmer)